

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierfachjährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beiträge über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen Tag 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 22. Mai 1891.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Moeser, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thines, Greifswald G. Ilies, Halle a. S. J. Bärck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

■ Berlin, 22. Mai. Guillotine, Pulver und Blei haben gestern in Frankreich bezw. in Spanien die menschliche Gesellschaft von einigen anarchistischen Mordgesellen beseitigt, deren Ideal die Herbeführung des allgemeinen Chaos, deren zielführendes Mittel die Plünderung umstürziger bildete. Sie sind ihres Zeichens nicht die ersten gewesen und werden auch schwerlich die letzten sein, welche das auf seine kulturellen Errungenchaften folge Geschlecht der Gegenwart daran erinnern, daß alles seine zwei Seiten hat und daß den hellsten Eichtesten die schwarzesten Schlagzeilen entsprechen. Insofern konnte man den sozialdemokratischen Anwälten eines Henry, Baillant, Navacq etc. zugeben, daß ihre Schützlinge in den Rahmen des herrschenden Kulturstandes gehören. Aber wenn nun wieder zu Gunsten dieser Dynamitmörder dahin plädiert wird, daß sie zurechnungsunfähig und deshalb außer Verfolgung wie Strafe zu setzen seien, so könnte man ebenso wohl behaupten, daß weil auch Krankheiten zu den unvermeidlichen und nothwendigen Lebeln der Menschheit gehören, deshalb alle sanitäre Aktion zu verwerfen und den Seuchentheilen in ihrem Vermischungszelt gegen die Gesunden völlig freie Hand zu lassen sei. So wenig nun aber unter vernünftigen Menschen davon die Rede ist, den vorherlichen Seuchen gegenüber die Hände in den Schoß zu legen, so wenig kann man dem Staat und der Gesellschaft zumutmen, einer sittlichen Verorzung freien Raum zu lassen, welche den Menschenmord durch Sprengbomben als Selbstwehr betreibt und zur Errichtung ihrer freien Absichten alle Schandthaten für erlaubt erklärt. Wer dem Staat und der Gesellschaft das Recht der Notwehr gegen anarchistische Mordbanden abspricht, macht sich im Prinzip zum Genossen der letzteren. Nach einem alten guten Sprichwort ist der Heseler nicht besser wie der Siehler, und die Hanauer der That sind immer noch weniger verächtlich als jenejenen Seelen, die in Wort und Schrift die Saat aussätzen, welche Früchte wie Henry aufgehen und reißen läßt.

— In einer gestern Abend abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung des Anwalt-Bundes wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Berliner Anwalt-Bund erklärt in seiner heutigen von ca. 300 Anwälten bejubelten Versammlung, daß die Leitung der Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Redakteur Adam und Genossen durch den Vorsteherin, das wiederholte Verstoßen einer schon vor vollständiger Beweiserhebung gefassten Anklage über den der Anklage zu Grunde liegenden Thatsatz, die Art der Verneinung der Angeklagten, die ungleiche Behandlung der Be- und Entlastungszeugen und das Verhalten des Vorsteherin gegenüber der Vertheidigung, insbesondere die Beschränkung der Befragung der Befragten durch den Geist der Freiheit und Gleichheit des Volkes vor der Richterbank, der Achtung des Volles vor der Rechtspflege und der Vertheidigung bei der Rechtspflege in Frage zu stellen.“

— Mit 43 gegen 27 Stimmen hat der Gesamtvorstand der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1890 gestern Abend in geheimer Abstimmung sich für das Terrain am Leipziger entschieden. Zwei Mitglieder gaben weiße Zeile an. Herr Kommerzienrat Kühlmann erklärte darauf, daß er, seiner vorausgegangenen Auffindung gemäß, sein Amt als Vorsteher des arbeitsausschusses niedergelegt. Der gewaltsame Ausschuss trat sofort nach Schluß der Versammlung zu einer Sitzung zusammen, in welcher einstweilen Herr Kühlmann noch den Vorst.führ. war, um über die Weiterführung der Geschäfte zu beraten.

— Nach einem neuerlichen Beschuß des Bundesrats können die am 25. Monatstage fälligen Brannwinternsteuervergütungsscheine, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, schon am vorvergangenen Werktag durch Vaarabrahm eine gelöste oder auf gebundene zu demselben Zeitpunkte salzig werdende Brannwinternsteuer aller Art in Rechnung genommen werden. Die Anrechnung der fälligen Brannwinternsteuerberechtigungschein kann in gleicher Weise stattfinden.

** Eine der wichtigsten Maßnahmen, welche die Gemeinden bei Ausführung des neuen Kommunalabgabengesetzes treffen müssen, ist die Vertheilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten. Darüber bestimmt die Ausführungsanweisung zu diesem Gesetz zunächst, daß die Brannwinternsteuervergütungsscheine, welche nach dem durch direkte Gemeindesteuern aufzubringenden Bedarf von dem aus dem Haushaltsspanne der Gemeinde sich ergebenden Gesamtbetrag des Finanzbedarfs die außerweitigen, von den direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen sind. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

Für die Vertheilung zwischen Realsteuern und Einheitssteuer sollen im Allgemeinen folgende Gesichtspunkte maßgebend sein: Diejenigen Auswendungen, welche nach ihrem Leben und ihrer Besteuerung allen Gemeindeangehörigen zu Gunsten kommen oder durch sie veranlaßt werden, sind vorzugsweise durch die Einheitssteuer zu decken; hierin gehören insbesondere die Kosten der den Gemeinden obliegenden Erfüllung allgemeiner staatlicher Zwecke, wie die Auswendungen für das Volksschul- und Armenwesen, für die öffentliche Sicherheit, die Gesundheitspflege u. s. w.; ferner die allgemeinen Verwaltungskosten der Gemeinden.

Auswendungen, die ausstehlich oder doch ganz überwiegend dem Grundbesitz und Gewerbebetrieb zum Vorteil gereichen, wie die Auslegung und Unterhaltung von Wegen, Ent- und Bewässerungsanlagen sind lediglich durch Realsteuer aufzubringen. Die im allgemeinen Nutzen gemachten Auswendungen, aus denen zugleich den Grundbesitzern und Gewerbebetreibern besondere Vorteile entstehen, sind auf die Realsteuer und die Einheitssteuer nach billigem Ermessens zu verteilen; es gilt dies namentlich von den Kosten für die Unterhaltung der öffentlichen Straßen, der Kanalisations- und Wasserleitungssanlagen, des Feuerlöschwesens. Jedoch

sollen diese allgemeinen Gesichtspunkte nicht die ausgeschließliche Richtschnur für die Vertheilung des Steuerbedarfs bilden. Beispielsweise würde einer starken Vergrößerung des Grundbesitzes oder einer besonders ungünstigen Lage des Gewerbebetriebes die Herbeführung des allgemeinen Chaos, deren zielführendes Mittel die Plünderung umstürziger bildete. Sie sind ihres Zeichens nicht die ersten gewesen und werden auch schwerlich die letzten sein, welche das auf seine kulturellen Errungenchaften folge Geschlecht der Gegenwart daran erinnern, daß alles seine zwei Seiten hat und daß den hellsten Eichtesten die schwarzen Schlagzeilen entsprechen. Insofern konnte man den sozialdemokratischen Anwälten eines Henry, Baillant, Navacq etc. zugeben, daß ihre Schützlinge in den Rahmen des herrschenden Kulturstandes gehören. Aber wenn nun wieder zu Gunsten dieser Dynamitmörder dahin plädiert wird, daß sie zurechnungsunfähig und deshalb außer Verfolgung wie Strafe zu setzen seien, so könnte man ebenso wohl behaupten, daß weil auch Krankheiten zu den unvermeidlichen und nothwendigen Lebeln der Menschheit gehören, deshalb alle sanitäre Aktion zu verwerfen und den Seuchentheilen in ihrem Vermischungszelt gegen die Gesunden völlig freie Hand zu lassen sei. So wenig nun aber unter vernünftigen Menschen davon die Rede ist, den vorherlichen Seuchen gegenüber die Hände in den Schoß zu legen, so wenig kann man dem Staat und der Gesellschaft zumutmen, einer sittlichen Verorzung freien Raum zu lassen, welche den Menschenmord durch Sprengbomben als Selbstwehr betreibt und zur Errichtung ihrer freien Absichten alle Schandthaten für erlaubt erklärt. Wer dem Staat und der Gesellschaft das Recht der Notwehr gegen anarchistische Mordbanden abspricht, macht sich im Prinzip zum Genossen der letzteren. Nach einem alten guten Sprichwort ist der Heseler nicht besser wie der Siehler, und die Hanauer der That sind immer noch weniger verächtlich als jenejenen Seelen, die in Wort und Schrift die Saat aussätzen, welche Früchte wie Henry aufgehen und reißen läßt.

— Die Auswendungen von den im Gesetze enthaltenen Befreiungen von der Vertheilung des Steuerbedarfs aus die verschiedenen Steuerarten bedürfen der Genehmigung. Der Umstand, daß das Gesetz nur diejenige Abweichung bezeichnet, welche eine stärkere Heranziehung der Realsteuer darstellt, schließt die Zulässigkeit einer Abweichung nach der entgegengesetzten Richtung nicht aus. Eine Abweichung in dem letzteren Sinne würde beispielsweise dann begründet sein können, wenn der Steuerbedarf einer Gemeinde in stark überwiegendem Maße durch die Kosten für die der Gemeinde obliegende Erfüllung allgemeiner staatlicher Zwecke zu Gunsten der Realsteuer verhältnismäßig gleichartige sind, bei diesem Herkommen belassen werden dürfen.

Abweichungen von den im Gesetze enthaltenen Befreiungen von der Vertheilung des Steuerbedarfs aus die verschiedenen Steuerarten bedürfen der Genehmigung. Der Umstand, daß das Gesetz nur diejenige Abweichung bezeichnet, welche eine stärkere Heranziehung der Realsteuer darstellt, schließt die Zulässigkeit einer Abweichung nach der entgegengesetzten Richtung nicht aus. Eine Abweichung in dem letzteren Sinne würde beispielsweise dann begründet sein können, wenn der Steuerbedarf einer Gemeinde in stark überwiegendem Maße durch die Kosten für die der Gemeinde obliegende Erfüllung allgemeiner staatlicher Zwecke zu Gunsten der Realsteuer verhältnismäßig gleichartige sind, bei diesem Herkommen belassen werden dürfen.

— Die Bildung einer evangelisch-sozialen Frauengruppe ist nach erfolgter Aufzehrung mit dem Aktionsomitee des evangelisch-sozialen Kongresses in die Wege geleitet. Zu den leitenden Kräften gehören u. a. Frau Helene Lange, die Leiterin der Gymnasialklasse für Mädchen, die als Vorsitzende an der Spitze des Berliner Frauenvereins saß. Frau Prof. Mathilde Weber-Lüdingen, die Vorsitzende des Vereins für Hauswirtschaft und gleichfalls Vorstandsmitglied des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, und endlich Frau Elisabeth Gnand-Kühne, die zweite Vorsitzende des Berliner Frauenvereins. Die Letztere ist die Schriftstellerin der neuen Frauengruppe.

— Von der Militärverwaltung ist nunmehr die Erwerbung des Geländes für den etwa eine Quadratmeile großen Truppenübungsplatz des Gardekorps zwischen Spandau und Potsdam vereinbart. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat allerdings unverhältnismäßig hohe Forderungen gestellt, nämlich Kriegsmünster und dem Minister des Innern ist nun aber das Recht zur Enteignung des bestrittenen Flächenraums im Umfang von 4400 Hektaren verliehen worden. Das Dorf und Gut Dobritz ist als Mittelpunkt des Platzes gewählt.

— Der Landwirtschaftsminister hat den landwirtschaftlichen Zentralvereinen die Mithilfe gemacht, daß er geneigt sei, zur Hebung der Verkehrsinfrastruktur besondere Mittel zu bewilligen. Die Vereine sollen, wie die „W. Z.“ schreibt, veranlaßt werden, anzugeben, ob Körnerweidentitäten vorhanden sind und in welchem Umfang, wie sich die Preise gestalten und ob Auktions zur Erteilung der Körnerleiterin bestehen.

— Für folgende Londoner Depesche der „Voss. Ztg.“ muß die Bestätigung abgewartet werden: Nach einer Kapitulär-Draufnachricht empfing die Regierung am 19. Mai eine Meldung, die dem deutschen Beytron in Domaralak hätten dem Hämpfli ihre Friedensbedingungen gesetzt, die in der Auslieferung aller geraubten Güterlader und in der Auseinandersetzung der deutschen Flucht bestanden. Hämpfli soll aber diese Bedingungen höhnisch zurückgewiesen haben mit dem Bemerkern, er hätte den Überfall von Hornbach einen alten Fehler nicht vergessen. Bei Abgang der letzten Post von Waltschwil war Ausicht vorhanden auf eine baldige Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Ob die Regierung diese Forderung in der von der Stadt gewünschten Höhe bewilligen wird, steht freilich dahin. Ferner ist die Regierung nach dem im vorigen Jahre im Oktober mit dem Herzog von Cumberland abgeschlossenen Ueberkommen kaum in der Lage, selbstständig ohne dessen Einwilligung einen solchen Vertrag mit der Stadt abzuschließen. Der Herzog hat sich darnach freilich verpflichtet, die Bibliothek in Hannover zu belassen, aber das Eigentum seines Hauses sollte an diesem Friedensmagnat inhaltsgleich verbleiben. Die preußische Regierung übernahm anderseits die Verpflichtung, für die Unterhaltung und Vermehrung der fraglichen Bibliothek einzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Ob die Regierung diese Forderung in der von der Stadt gewünschten Höhe bewilligen wird, steht freilich dahin. Ferner ist die Regierung nach dem im vorigen Jahre im Oktober mit dem Herzog von Cumberland abgeschlossenen Ueberkommen kaum in der Lage, selbstständig ohne dessen Einwilligung einen solchen Vertrag mit der Stadt abzuschließen. Der Herzog hat sich darnach freilich verpflichtet, die Bibliothek in Hannover zu belassen, aber das Eigentum seines Hauses sollte an diesem Friedensmagnat inhaltsgleich verbleiben. Die preußische Regierung übernahm anderseits die Verpflichtung, für die Unterhaltung und Vermehrung der fraglichen Bibliothek einzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren entfallende Betrag auf die einzelnen Realsteuerarten zu verteilen.

— Vor einigen Tagen brachten hannoversche Blätter die Nachricht, daß zwischen der Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Hannover Verhandlungen stattfänden wegen Überlagerung der dortigen königlichen öffentlichen Bibliothek anlegte. So aufstrebend auch die Nachricht erschien, so ist ihre Richtigkeit doch nicht zu bezweifeln. Allerdings sind vergleichliche Verhandlungen eingeleitet worden. Die Staatsregierung scheint den Wunsch zu haben, vor der definitiven Übernahme und Verwaltung der fraglichen Bibliothek zurückzutreten, und die Stadt ist nicht abgeneigt, die überaus wertvolle Büchersammlung zu erhalten, keilförmig nur unter der Bedingung, daß ihr seitens der Regierung ein jährlicher, nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung gezahlt werde. Wie es den Anschein hat, sind die Vertreter des Herzogs bis jetzt noch nicht auf dem direkten Steuern zur Vertheilung der Gemeindeausgaben zu verwendenden Einmalen in Abzug zu bringen. Von dem hierauf verbleibenden Betrage sind weiter das volle Sollauskommen der etwa befreiten Bauplatzsteuer sowie das der Gemeindelasse etwa verbleibende Sollauskommen an Betriebssteuern in Abzug zu bringen. Der dann verbleibende Steuerbedarf ist zunächst auf die Gesamtheit der Realsteuern und auf die Einheitssteuer, danach der auf die ersteren

